

II. Die deutschen Juden und der Nationalsozialismus. Selbstverständnis und Bedrohung

Zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme lebten im Deutschen Reich etwas mehr als eine halbe Million Menschen, die sich zum Judentum bekannten und sich als religiöse Minderheit (0,76 Prozent der Gesamtbevölkerung) verstanden. Zur Besonderheit dieser Minorität gehörte, daß sie in einigen Berufen überproportional häufig vertreten war, vor allem in der Sparte Handel (darunter Makler und Bankiers), in den Berufsgruppen der Ärzte und Rechtsanwälte und in künstlerischen und kulturwirtschaftlichen Berufen. Das hatte lange zurückliegende soziale und politische Gründe, an denen die Juden selbst die geringste Schuld hatten. Die traditionelle Judenfeindschaft mit ihren lange über die formelle bürgerliche Gleichstellung der Emanzipationszeit hinaus wirksamen gesellschaftlichen Diskriminierungen scherte sich ja nicht darum, was Ursache, was Wirkung war. Ebenso war es den Antisemiten wenig wichtig, wie die Juden als kulturelle und religiöse Minderheit in Deutschland tatsächlich lebten; ihnen war nur am Zerrbild einer allem Deutschen feindlich gesonnenen, Wucher und Schacher treibenden Schar fremdartiger Schmarotzer gelegen, das sich als politisches Instrument gebrauchen ließ.

Schlimmer als diese auf bewußter Karikatur oder absichtsvollem Mißverständnis beruhende Konkretisierung des Jüdischen in der nationalsozialistischen Propaganda waren freilich die Verschwörungstheorien, die auf sozialem Neid aufbauten und die die – keineswegs in der Überzahl befindlichen – wohl-situierten Juden zum Ausgangspunkt nahmen, um Machenschaften eines „Weltjudentums“ gegen „die Deutschen“ zu unterstellen. Das war insbesondere bei Kleinbürgern und verarmten Angehörigen des Mittelstands wirksam, weil es simple Erklärungsmuster für die kaum zu durchschauenden Ursachen der ökonomischen Katastrophe der Inflation von 1923 lieferte. Der Jude habe „es gewagt, dem deutschen Volke den Krieg zu erklären. Er betreibt in der ganzen Welt mit Hilfe der in seinen

Händen befindlichen Presse einen groß angelegten Lügenfeldzug gegen das wieder national gewordene Deutschland“, hieß es im Aufruf zur Massenkundgebung auf dem Münchner Königsplatz am Vorabend des Boykotts der jüdischen Geschäfte und Unternehmungen, die für den 1. April 1933 angesetzt war.

Weniger primitiv, aber nicht weniger falsch war der andere Vorwurf an die Adresse der deutschen Juden, sie lebten in einer doppelten Loyalität, nämlich zuerst als Juden, dann als Deutsche. Genauso unrichtig war die Behauptung, die jüdische Minderheit in Deutschland sei eine soziologisch, kulturell, politisch und geistig geschlossene Gruppe mit gleichartigen Überzeugungen, Verhaltensweisen und Reaktionen auf die Bedrohungen, die in der NS-Propaganda zum Ausdruck kamen.

Mit der „nationalen Erhebung“ war Anfang 1933 der Antisemitismus in seiner schlimmsten Spielart die offiziell herrschende Lehre geworden. Der Antisemitismus wurde zur Konsolidierung der neu etablierten Herrschaft benutzt und planmäßig angewendet zur moralischen Diskreditierung, sozialen Diffamierung und rechtlichen Diskriminierung der jüdischen Minderheit in Deutschland. Für den gebildeten deutschen Juden war es in den ersten Wochen nach der Machtübernahme Hitlers einfach nicht denkbar, daß bürgerliche Rechte und wirtschaftliche Existenz der deutschen Juden durch den Nationalsozialismus zerstört werden könnten, von Schlimmerem ganz zu schweigen.

Die von der NSDAP Ende März angekündigte und am 1. April 1933 in Szene gesetzte Boykottaktion brachte für die Juden nach den Wochen banger Ahnens das erste tiefe Erschrecken und das erste Signal, daß die Nationalsozialisten bei den gewohnten Deklamationen ihres Antisemitismus nicht stehen bleiben würden. Das hatten die Juden mindestens gehofft, bis die NSDAP die „Greuelpropaganda“ der ausländischen jüdischen Presse (von der sich jüdische Organisationen in Deutschland verzweifelt distanzieren) zum Vorwand nahm, um den Juden und gleichzeitig auch den mehrheitlich nicht besonders antisemitisch eingestellten Nichtjuden die Grundlinien der künftigen offiziellen Judenpolitik zu demonstrieren.

Die Proteste und Verwahrungen, die Ende März von jüdischen Offiziellen verfaßt wurden, bestanden aus einer Mischung von feierlicher Zurückweisung der „ungeheuerlichen Anschuldigungen, die gegen uns deutsche Juden erhoben werden“, entschiedener Distanzierung von der ausländischen Presse, die mit ihrer Berichterstattung über die Judenpolitik der Hitlerregierung den Anlaß bot, und Appellen an Anstand und Vernunft. In keinem dieser Dokumente, die Regierungsstellen auf allen Ebenen bis hinauf zur Reichskanzlei zugestellt oder in der jüdischen Presse veröffentlicht wurden, fehlte der Hinweis auf die 12000 jüdischen Opfer im Ersten Weltkrieg. Der „Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“, nach dem Ersten Weltkrieg gegründet und betont nationalbewußt auftretend, beschwor in einer Sondernummer seiner Verbandszeitschrift „Der Schild“ im August 1933 das Recht der deutschen Juden, als gleichberechtigte Bürger des Deutschen Reiches zu leben, und im Oktober 1933 gab es zum Beweis der Gesinnung des Reichsbunds eine patriotische Zustimmungsadresse zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

Die Erkenntnis, daß die Basis jüdischen Lebens in Deutschland verloren ging, war im Frühjahr 1933 noch nicht besonders verbreitet. Der Schock der Boykottaktion stärkte freilich die Autorität der Zionisten, die – je radikaler sich das NS-Regime gab und je bedrohlicher die Situation für die Juden in Deutschland wurde, desto größere Überzeugungskraft wuchs ihnen zu – sich darauf berufen konnten, mit ihrer Propaganda zur Stärkung des jüdischen Selbstbewußtseins und zur Gründung einer eigenen Nation auf palästinensischem Boden auf dem richtigen Wege zu sein, und zwar schon seit langer Zeit. Die Leitartikel in der „Jüdischen Rundschau“, die zur Erneuerung des Judentums aufriefen, gaben in der Folgezeit auch vielen Nichtzionisten moralischen Halt. Unter dem Titel „Ja-Sagen zum Judentum“ wurde konstatiert, das Gemeinschaftsgefühl unter Juden sei stärker geworden. Jüdische Menschen, die vor kurzem noch achtlos und gleichgültig aneinander vorbeigingen, seien einander nähergekommen. „Man empfindet den Juden als Schicksalsgenossen, als Bruder. Jüdische Menschen können wieder

miteinander sprechen.“ Das darf nicht zur Annahme verleiten, „die Juden“ in Deutschland hätten eine weltanschaulich und politisch geschlossene Bevölkerungsgruppe gebildet. Im Gegenteil: Den Anhängern der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ – zahlenmäßig waren sie nicht sehr bedeutend – wurde von der Interessenvertretung der auf Assimilation Bedachten, dem mitgliederstarken „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“, vorgeworfen, Gruppenisolation und die „Rückkehr ins Ghetto“ zu betreiben.

Weitere Gegensätze gab es im religiösen Bereich, zwischen den (wenigen) orthodoxen, den konservativen und den religiös-liberalen Juden; die Mehrheit bildeten die Indifferenten, die ähnlich vielen Christen zwar an etlichen äußeren Bräuchen festhielten, die hohen Feiertage beachteten, im übrigen aber ihren Alltag nicht mehr von der Religion bestimmen ließen.

Die äußere Bedrohung erzwang dann die Einigung der verschiedenen politischen Richtungen. Das Ziel war ab Frühjahr 1933 die Errichtung eines Dachverbandes, der politisch alle jüdischen Organisationen repräsentieren, der kulturell jüdisches Selbstbewußtsein festigen und im sozialen Bereich wirtschaftliche Hilfe allen denen leisten sollte, die sie benötigten, weil sie Juden waren. Mit der Gründung des „Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau“ im April 1933 wurde auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet der Anfang gemacht. Alle wichtigen jüdischen Organisationen waren vertreten, der Central-Verein, die Zionistische Vereinigung für Deutschland, der preußische Landesverband jüdischer Gemeinden, die Jüdische Gemeinde Berlin, der Jüdische Frauenbund und die orthodoxe Landesorganisation der Agudas Jisroel. Dem Zentralausschuß präsierte der prominente Rabbiner Leo Baeck, die Richtung bestimmten Jüngere wie der Generalsekretär Max Kreuzberger, der 1935 nach Palästina auswanderte, Salomon Adler-Rudel, der 1936 aus Deutschland ausgewiesen wurde, und Friedrich Brodnitz, der 1937 in die USA emigrierte. Sein Nachfolger Paul Eppstein wurde 1944 in Theresienstadt ermordet. Der Zentralausschuß bildete in den sechs Jahren, die ihm bis 1938/1939 blieben, ein eindrucksvolles und alle Lebensbereiche umfassendes Selbsthil-

fewerk, finanziert von den jüdischen Gemeinden im Deutschen Reich, aber auch großzügig subventioniert von ausländischen Hilfsorganisationen wie dem American Joint Distribution Committee und dem Central British Fund und gespeist aus den Sammlungserträgen der „jüdischen Winterhilfe“.

Arbeit gab es genug in Reaktion auf die fortschreitende ökonomische und soziale Diskriminierung der Juden in Deutschland. So erhielt der Bereich Bildung und Erziehung nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze größere Bedeutung, da mit einem eigenen jüdischen Schulwerk nicht nur jüdische Gemeinschaft und jüdisches Bewußtsein, sondern gleichzeitig die Auswanderungsfähigkeit durch Hinführung zu praktischen Berufen und durch Unterricht in Hebräisch gefördert wurde. Auswanderungsvorbereitungen und die Hilfe für Auswanderungswillige spielten naturgemäß eine große Rolle, aber auch die Maßnahmen zur Berufsumschichtung, das heißt, die Vermittlung von meist manuellen Kenntnissen und Fähigkeiten, mit denen sich die aus ihren Berufen Verdrängten – etwa die aus dem öffentlichen Dienst, im Bereich der Presse usw. Entlassenen oder die brotlos gewordenen Freiberufler – die künftige Existenz sichern sollten. Die ganze Skala der Wohlfahrtspflege und Wirtschaftshilfe mußte, da ja die jüdischen Deutschen zunehmend aus dem öffentlichen System der sozialen Sicherung ausgegrenzt wurden, vom „Zentralausschuß für Hilfe und Aufbau“ übernommen werden, und das angesichts der rapide zunehmenden Verarmung der deutschen Juden. Darlehenskassen, Arbeitsvermittlung, Wirtschaftshilfe für besondere Berufsgruppen, Gesundheitsfürsorge, Altenpflege, Anstaltswesen, Kriegsofferfürsorge bildeten im Organisationsplan die wichtigsten Positionen. Die Leistungen waren bewundernswert, und sie demonstrierten Selbstbehauptungskraft und Solidarität in einer von Tag zu Tag bedrohlicher werdenden Umgebung.

Nicht weniger bewundernswürdig waren die Anstrengungen im kulturellen und geistigen Leben, die der „Kulturbund Deutscher Juden“ ab Mitte Juli 1933 unternahm. Die Kulturorganisation, als deren Protagonist Kurt Singer (Arzt und Musiker und bis Frühjahr 1933 Intendant der Städtischen Oper

Berlin), der junge Regisseur Kurt Baumann, der Musikkritiker Julius Bab und viele andere mit Hingabe wirkten, hatte auch eine soziale Funktion, nämlich die der Künstlerhilfe, um entlassenen jüdischen Musikern, Schauspielern und anderen Künstlern Arbeit und Publikum zu bieten. Dem Selbstverständnis nach war der Kulturbund Deutscher Juden (ab 1935, als sich die Juden nicht mehr deutsch nennen durften, hieß er „Reichsverband der Jüdischen Kulturbünde Deutschlands“, und von 1938 bis 1941 firmierte er noch unter dem Namen „Jüdischer Kulturbund in Deutschland“) aber eine Demonstration selbstbewußten und sich – wenigstens im Geistigen – selbst behauptenden deutschen Judentums. Bei allem programmatischen Streit, der die kurze Geschichte des Kulturbunds durchzog, war diese Organisation auch die wichtigste Bastion deutsch-jüdischer Assimilation.

Der Kulturbund war eine Mitgliederorganisation, und die Zugehörigkeit bedeutete für viele deutsche Juden die einzige Möglichkeit, an irgendeiner Form kulturellen Gemeinschaftslebens teilzunehmen, nachdem ihnen Mitwirkung und Teilhabe am deutschen Kulturbetrieb verwehrt wurde. Die Möglichkeit bot sich freilich vor allem in Berlin und den großen Städten des Deutschen Reiches. Und er war ein kulturelles Ghetto, in dem die Juden Entspannung und Trost suchten.

Das schwierigste Problem der Selbstdarstellung des deutschen Judentums bildete der ebenso dringende wie unter dem Druck der Verhältnisse eilig und im letzten Moment vollzogene Bau eines gemeinsamen Daches über den politisch, soziologisch und religiös so verschiedenen Organisationen, Richtungen und Gruppierungen. Dem Zusammenschluß der Verbände und Organisationen, der es der deutschen Judenheit ermöglicht hätte, schon vor Hitlers Machtantritt mit einer Stimme zu sprechen, waren vielfältige Hindernisse entgegengestanden, nicht nur die religiösen Gegensätze zwischen der Orthodoxie, den liberalen, den konservativen Gemeinden, auch das föderalistische Bewußtsein der süddeutschen Landesverbände, das mit den Organisationsvorstellungen des „Preußischen Landesverbands jüdischer Gemeinden“ kollidierte, die unterschiedlichen

und stets vehement gegeneinander artikulierten Interessen der großen Verbände, nämlich des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, aber auch des besonderen Standpunktes des mitgliederstarken Reichsbundes jüdischer Frontkämpfer, die kleineren Gruppierungen bis hin zu den Sekten gar nicht gerechnet.

Im September 1933 war die Einigung erzielt, und Präsident Baeck veröffentlichte das Programm der „Reichsvertretung der deutschen Juden“. Im wesentlichen sah er drei Aufgaben, nämlich Erziehung im Geiste des Judentums in Schule und Beruf, Sicherung der wirtschaftlichen Existenz und Förderung der Auswanderung aus Deutschland.

Bis 1943 hat die Reichsvertretung der deutschen Juden (ab 1935 unter der geänderten Bezeichnung „Reichsvertretung der Juden in Deutschland“) die Belange der deutschen Juden vertreten, nach dem Novemberpogrom 1938 nicht mehr als freigeählte Körperschaft, sondern als vom nationalsozialistischen Herrschaftsapparat verordnete und eingesetzte „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“. Aber auch in dem von der Sicherheitspolizei ernannten Vorstand blieben (mit Leo Baeck als Vorsitzendem) vier Männer der Einigungsstunde von 1933. Durch Auswanderung und Verhaftung dezimiert, durch immer neue Schikanen der Gestapo diskriminiert, arbeitete die Reichsvereinigung bis zum 10. Juni 1943. An diesem Tag wurde sie von der Gestapo geschlossen, und die letzten Mitarbeiter, Leo Baeck unter ihnen, wurden nach Theresienstadt deportiert. Die schlimmste Diskriminierung hatte schließlich darin bestanden, daß die Repräsentanz des deutschen Judentums ab 1935 in fortschreitendem Maße auch dazu mißbraucht wurde, bei der nationalsozialistischen Judenverfolgung erzwungene administrative Hilfsdienste zu leisten. Die Haltung der Juden erschöpfte sich zwar nicht in der Hinnahme der nationalsozialistischen Maßnahmen, aber die Möglichkeiten zur Behauptung und zum Widerstand waren gering und sie nahmen – auch wegen der schwindenden Bereitschaft zur Solidarität der Nichtjuden – im Laufe der Zeit stetig ab.